

# Anti-Windkraft-Trick: FDP Holz will Schutzgebiet im Fröhner Wald

Auch Spielplatzkonzept ist Thema im Ortsrat

**Holz.** Der Holzer Ortsrat trifft sich am kommenden Montag, 14. März, um 19 Uhr zu seiner nächsten öffentlichen Sitzung im Dorfgemeinschaftshaus. Im Mittelpunkt steht dabei ein Antrag der FDP-Fraktion, die dafür eintritt, den Fröhner Wald als so genanntes FFH-Gebiet ausweisen zu lassen. „FFH“ steht dabei für „Fauna/Flora-Habitat“ („Tier- und Pflanzen Lebensraum“).

FFH-Gebiete sind spezielle europäische Schutzgebiete, die nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie ausgewiesen wurden und dem Schutz von Pflanzen (Flora), Tieren (Fauna) und Habitaten (Lebensraumtypen) dienen. Sie sind ein Teil des Natura 2000-Netzwerkes. Darunter versteht man ein europäisches Netz aus zusammenhängenden Schutzgebieten der einheimischen Natur in Europa. Weil der Fröhner Wald bereits zum Landschaftsschutzgebiet deklariert worden ist, sei er auch als FFH-Gebiet geeignet, sagt die FDP.

Der Hintergrund dieses Antrages ist allerdings weniger in dem Wunsch zu sehen, das genannte FFH-Gebiet zu schaffen, sondern mehr in dem Wunsch, Windkraft-

anlagen zu verhindern: Wenn Fröhner Wald ein FFH-Gebiet wäre, wäre es so gut wie unmöglich, dort Windkraftanlagen zu bauen. Der Ortsrat hat jedoch keine Befugnis, das FFH-Gebiet zu bestimmen. Die Entscheidung über die Ausweisung von FFH-Gebieten liegt bei der Bundesregierung. Die Bundesländer unter „naturfachlichen Aspekten“ zusammengefasst, dann an das Bundes-Umweltministerium gemeldet, das die Entscheidung wiederum an die EU-Kommission weiterleitet. Dort wird geprüft und das jeweilige Gebietsverzeichnis in den Natura-2000-Katalog aufgenommen.

Außerdem beschäftigt sich der Holzer Ortsrat im öffentlichen Teil mit dem Spielplatzkonzept der Gemeinde Heusweiler sowie mit einem Planungsvorschlag zum Bau einer so genannten „Fünfer-Urnenwand“ auf dem Holzer Friedhof. Und es wird ein Schiedsmanngewähltes Mitglied der Ortsratzeit des Amtsinhabers Karlh. Bruckmann ist abgelaufen, kandidiert aber für eine Wiederwahl. Vor Eintritt in die Tagesordnung können Bürger Fragen stellen.